

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 24.05.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

ab 16:14 Uhr.

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit ab 16:27 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Werner Nußbaum

stellvertretender Ortsvorsteher

Herr stellv. Ortsvorsteher Stefan Struzyna

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Hans-Peter Wanasek

Frau Ortsvorsteherin Anna Zeller-Klein

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Herr Helmuth Caesar

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Celestino Piazza

Herr Michael Schaumann

Abwesend:**CDU**

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Markus Hirsch
Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger
sozial.ökologisch.links.
Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Verleihung der Bürgermedaille
- 2** Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 - 2028
- 3** Förderung des Deutschlandtickets für Mitarbeitende der Stadt Schwäbisch Gmünd
hier: Antrag der SPD-Fraktion 29.03.2023
- 4** Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024
- 4.1** Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024 - Ergebnis der Vorberatungen in den Ortschaftsräten
- 5** Mozartschule In Schwäbisch Gmünd, Hussenhofen, Erweiterung und Generalsanierung
 - Fortschreibung des Baubeschlusses
 - Änderung des Ausführungsumfangs
 - Erhöhung des Budgetrahmens
- 5.1** Mozartschule In Schwäbisch Gmünd, Hussenhofen, Erweiterung und Generalsanierung
 - Ergebnis der Vorberatung
- 6** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle", Gemarkung Großdeinbach
 - Satzungsbeschluss
- 7** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 8** Bekanntgaben
- 8.1** Hochwasser in Faenza
- 8.2** Alois-Statue
- 9** Anfragen
- 9.1** WOHA-Gebäude
- 9.2** Schnapserlass

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Verleihung der Bürgermedaille
Vorlage: 070/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Bürgermedaille der Stadt Schwäbisch Gmünd wird entsprechend § 1 der Ehrenordnung der Stadt Schwäbisch Gmünd an Werner Karl Mayer, Hildegunde Mertens und Cordula Reichert verliehen.

zu 2 Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 - 2028
Vorlage: 067/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die in der Vorschlagsliste der Verwaltung aufgeführten Personen werden für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 vorgeschlagen.

zu 3 **Förderung des Deutschlandtickets für Mitarbeitende der Stadt Schwäbisch Gmünd**

hier: Antrag der SPD-Fraktion 29.03.2023

Vorlage: 107/2023

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man die Attraktivität der Stadt in Zeiten des Fachkräftemangels steigern müsse. Es könne dadurch Personal gewonnen und gehalten werden. Zudem hätten die Beschäftigten in den vergangenen Jahren erhebliche Reallohnverluste hinnehmen müssen. Es wäre daher ein sozial gerechter Ausgleich und würde darüber hinaus noch zum Klimaschutz beitragen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass bei einer Inanspruchnahme von allen Mitarbeitern Mehrkosten in Höhe von 650.000 Euro entstehen würden.

Herr Ott weist auf den Mitnahmeeffekt für alle Mitarbeiter hin. Man rate daher ab, dass die Nachbarstädte mit Ausnahme von Aalen und Stuttgart nicht die 100%-Regelung mache und man nicht gegenseitig konkurrieren solle. Er weist ebenfalls auf Kosten bis zu 650.000 Euro jährlich hin und betont, dass die SPD-Fraktion noch keinen Finanzierungsvorschlag vorgelegt habe.

Stadtrat Baumhauer/CDU führt aus, dass die SPD- und Linken-Fraktion immer betonen würden, dass man die Bundes-Politik nicht nach dem Gießkannenprinzip machen solle. In diesem Fall würde man es jedoch anwenden. Er nennt als Beispiel, dass ein Amtsleiter mit dem Auto zur Arbeit nach Schwäbisch Gmünd komme und die Fahrkarte vier Mal jährlich für eine Fahrt ins Einkaufszentrum Breuninger nutze. Als weiteres Beispiel führt er einen Mitarbeiter des Bauhofes aus Herlikofen an, der eine VfB-Dauerkarte habe, die bei einem Spiel zu einer kostenlosen Fahrt ab Lorch berechtige. Beides seien Mitnahmeeffekte. Ebenso, wenn jemand zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die Arbeit fahre und ein Konzert- oder Kulturabo habe, auch hier würde man die Fahrkarte finanzieren, obwohl die Eintrittskarte eine Fahrtberechtigung sein. Es sei abstrus, solche Mitnahmeeffekte zu generieren. Wenn man hier zustimme, verstehe er nicht, wie man mit dem Geld umgehe.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. führt aus, dass die Fraktion den Antrag unterstütze. Den Argumenten der CDU-Fraktion könne er nicht folgen. Man diskutiere bei jeder Maßnahme den Klimaschutz mit. Nun habe man einmal die Chance, die Fachkräftemangel-Thematik mit dem Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit zu kombinieren und dann komme man mit Mitnahmeeffekten und Kostenkalkulationen. Es sei ein berechtigter Punkt, dass die Verwaltung am Ende eventuell einen sechsstelligen Betrag ausgeben müsse, aber das Gremium müsse sich im Klaren sein, ob es einem das wert sei oder nicht. Der Fraktion wäre es dies wert.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass nicht die Frage sei, ob es einem das wert sei oder nicht. Man könne es sich in dieser Höhe nicht leisten. Man habe noch so viele Dinge, die man im Haushalt berücksichtigen müsse. Man werde daher nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es ja nicht so sei, dass man nichts mache.

Man habe eine fünfzigprozentige plus fünfprozentiger Förderung. Der Antrag der SPD-Fraktion gehe auf 100 Prozent.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man dem Antrag nicht folgen werde. Sie findet das 49 Euro-Ticket eine tolle Sache. Eine Ermäßigung von 50 Prozent sei gut. Es sei im Sinne der Beschäftigten und im Sinne des Klimaschutzes.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass sich der Zuschuss ausschließlich an Beschäftigte und nicht an Mitglieder des Gemeinderats richte.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW folgt ebenfalls dem Antrag der Stadtverwaltung. Der SPD-Antrag sei nicht wirtschaftlich und nicht sensibel. Man habe ein strukturelles Defizit im Haushalt, man gebe mehr aus, als man einnehme. Man solle nicht immer neue Geldgeschenke verteilen, sondern sich überlegen, wie man die Einnahmesituation verbessere.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass der Personalrat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt habe.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass explizite Anträge vorgelegt worden seien. Es sei kein grün/rotes Projekt, sondern sei in Stuttgart von einem CDU-Oberbürgermeister vorangetrieben worden. Man habe die Diskussion im Gremium wahrgenommen, man orientiere sich an einer sachgerechten Lösung und sei bereit, sachdienliche Kompromisse anzustreben. Es sei toll, dass die Stadt was mache, aber sei der Meinung, dass noch mehr gehe. Daher wolle man den Antrag zurückziehen und den Kompromissvorschlag von einer Bezuschussung von 35 Euro beantragen.

Stadtrat Bläse/CDU findet es merkwürdig, dass der Antrag kurzfristig umgestellt werde. Man könne sich nicht mit der Stadt Stuttgart vergleichen, es sei eine andere finanzielle Situation und Infrastruktur. Es liege ein guter Vorschlag der Verwaltung vor, er bittet daher darum, diesen zu unterstützen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen signalisiert Sympathie für den Vorstoß. Er erkundigt sich, wie viele Mitarbeiter derzeit das Job-Ticket in Anspruch nehmen würden. Die Zahl sei gewaltig hoch, die man investieren würde. Er schlägt vor, die Regelung zunächst für zwei Jahre zu beschließen und dann zu evaluieren.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es so wie von der Verwaltung vorgeschlagen, beschließen solle und man dann schaue, wie es angenommen werde. Man werde es zum Jahresende vorstellen und schauen, ob man Anpassungen vornehmen müsse. Es gehe damit in Richtung des Vorschlags von Stadtrat Baum, jedoch auf der Grundlage des Vorschlags der Verwaltung.

Herr Ott ergänzt, dass das Angebot derzeit 140 Mitarbeiter nutzen würden.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass das Angebot nun durch das Deutschlandticket attraktiver sei.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass auch der Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion nicht der städtischen Haushaltslage entspreche.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (28 Nein-Stimmen, 18 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) wird der Antrag der SPD-Fraktion, das Deutschlandticket mit 35 Euro zu bezuschussen, abgelehnt.

Mehrheitlich (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Förderung des Deutschlandtickets wird wie von der Verwaltung dargelegt im laufenden Haushaltsjahr fortgesetzt.

Zum Jahresende wird die Nutzung des Deutschlandtickets ausgewertet und die Förderung ggf. angepasst.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2

nachrichtlich an Amt: 11

zu 4 Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024
Vorlage: 031/2023

Protokoll:

Herr Ott führt in den Sachverhalt ein und stellt die in der Vorlage genannten Voten der Ortschaftsräte vor. Die Übergangslösung der Gemeindeordnung ermögliche eine Brücke vom alten in das neue System. Stadtrat Dr. Beck habe vorgeschlagen, dass der im Jahr 2024 gewählte Gemeinderat final entscheiden solle, wie es in der darauffolgenden Wahlperiode weitergehe. Dies sei grundsätzlich möglich, aber nur, wenn der aktuelle Gemeinderat die Übergangslösung für zwei Amtsperioden beschließe. Dann könne der nächste Gemeinderat die Hauptsatzung ändern und von 48 auf 40 Sitze heruntergehen oder die Regelung weiterhin bei 48 Sitzen belassen. Wenn man es jedoch nun für fünf Jahre beschließe, dann falle der Gemeinderat danach automatisch auf 40 zurück oder der Gemeinderat könne eine Reduzierung auf 32 Sitze vornehmen. Daher schlage man vor, dass man den Beschluss wie in der Vorlage vorgeschlagen fasse und die Nachfolger dann die Möglichkeit hätten, die Zahl in der nächsten Amtsperiode endgültig zu bestimmen. Dieses Vorgehen sei mit dem Regierungspräsidium abgestimmt und rechtssicher.

Stadtrat Baumhauer/CDU verweist auf die Stellungnahme in der vergangenen Woche. Kommunalpolitik sei die demokratische Basispolitik. Daher seien die Kommunalwahlen wichtig. Der Ort der Kommunalpolitik sei die Heimat. Die Frage sei, ob die Ortschaften in Schwäbisch Gmünd heimisch geworden seien. Er habe es letzte Woche angerissen, 2004 habe er seine Haushaltsrede unter das Wir-Gefühl gestellt und sei der Auffassung gewesen, dass es kein Wir-Gefühl gebe. Dieses Wir-Gefühl habe

sich in den letzten 20 Jahren deutlich verbessert. Die Identität sei besser geworden. Es gebe nach wie vor Probleme, diese werde man auch nicht komplett beseitigen können. Die Befürchtung sei da, dass ein Teilort nicht im Gemeinderat vertreten sein werde und keinen Ansprechpartner für die Probleme habe. Wenn die Entscheidung für die Aufhebung der unechten Teilortswahl falle, müsse klar sein, dass die Ortschaftsräte gestärkt werden und die Spielräume für die Ortschaftsräte weiter ausgebaut werden. Wichtig sei auch, dass man den Ortsvorstehern, die nicht vertreten seien, mindestens einmal im Jahr eine Plattform biete. Die Fraktion werde gespalten abstimmen. Es gebe trotz allem den Wunsch, dass alle Ortschaften zukünftig im Gemeinderat durch Vertreter ihre Stimme hätten. Man solle es für zwei Perioden festlegen und sich die Option für die nächste Wahl offenlassen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man heute eine historische Entscheidung habe. Man versuche schon lange, die unechte Teilortswahl abzuschaffen, es sei immer ein Tabu gewesen in den letzten Jahrzehnten. Durch das Gerichtsurteil habe man das Risiko, dass Wahlen angefochten werden könnten. Dies sei ein wichtiges Argument, weil es zu Unmut in der Bevölkerung führen könnte. Aber ein wichtigeres Argument sei, dass die unechte Teilortswahl eingeführt worden sei, damit die Ortsteile besser eingebunden werden. Dies sei gelungen. Dies erkenne man zum einen auch daran, welche Veranstaltungen stattfinden. An diesen könne man erkennen, dass sich viele als Gmünder fühlen und dennoch Bettringer, Bargauer etc. sein können. Dies sei kein Widerspruch.

Die hohe Zahl der ungültigen Stimmen müsse reduziert werden. Für die Stadtteile, die Angst hätten, nicht mehr im Gemeinderat vertreten zu sein, sei die Wahlmöglichkeit nun größer, man könne mehr Stimmen verteilen. Der Bürger hätte mehr Chancen und könne seine Stimmen gezielter setzen. Gut finde er, dass man versuche, die Ortschaftsräte zu stärken. Dies werde vor Ort gut ankommen. Die Fraktion wäre auch mit 40 Sitzen zufrieden gewesen, man habe den Kompromissvorschlag jedoch angenommen, weil es wichtig sei, dass man den Weg gehe. Die Fraktion müsse sich noch darüber unterhalten, wie lange die 48 Sitze gelten sollen. Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten so viel Verantwortung, dass die Probleme und Wünsche nicht vertretener Ortsteile angegangen werden und die Ortsvorsteher könnten ja bereits jetzt im Gemeinderat sprechen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man mit 48 Sitzen auch die Stimmen der Wähler erhöhe.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass man mit der heutigen Entscheidung an eine Entscheidung vor 50 Jahren bei der kommunalen Gebietsreform zurückkehre. Die unechte Teilortswahl sei ein Schutz der kleinen Gemeinden im Parlament der Stadt Schwäbisch Gmünd gewesen. Sie habe zum Wachsen einer gemeinsamen Stadt beigetragen, politisch und emotional. Nach 50 bzw. 60 Jahren habe man eine neue Situation, aber auch neue Bedenken. Man könne zu einem anderen Urteil kommen. Die Mehrheit der Fraktion komme zu einem anderen Urteil, aber deshalb ignoriere man die Bedenken der Ortsteile nicht. Man sollte diese nicht übergehen, sondern achten und beachten. Eine mögliche Abschaffung der unechten Teilortswahl führe zu einer Art Neustart der kommunalen Gebietsreform. Der neue Gemeinderat müsse offen und sensibel bei der neuen Wahlordnung sein. Sensibel bedeute, dass man eventuell Nachjustierungen vornehmen müsse, von denen man heute noch nichts wisse. Dies sei nicht unbedingt eine Regelung in der Hauptsatzung, sondern Rege-

lungen, die sich in einigen Jahren in den Teilorten zeigen und entwickeln werden. Ein Rederecht für Ortschaftsräte und Ortsvorsteher sei immer möglich, daran werde man nichts ändern. Man könne sich aber auch Neues und Zusätzliches vorstellen. Die SPD-Fraktion stimme mehrheitlich zu und halte 48 Sitze für eine Übergangszeit von zehn Jahren für sinnvoll, damit keine Vorentscheidung getroffen werde. Ein Mitglied stimme nicht für die Aufhebung.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. möchte eine Lanze für die Stadtverwaltung brechen, die Verwaltung habe ihre Hausaufgaben gemacht. Es seien viele Vorschläge zur Erhöhung der Mittel und Zuständigkeiten gemacht worden. Dass man die Ortsvorsteher beteilige sei Usus. Die Verwaltungsspitze und die Amtsleiter seien in allen Stadtteilen bei Veranstaltungen präsent, es würden alle mitgenommen. Die Aufhebung sei daher absolut in Ordnung, man habe in den letzten Jahren ein Wir-Gefühl geschaffen. Bauchschmerzen habe man jedoch bei der Sitzanzahl. Wenn man die Debatte politisch höher anschauen würde, dann seien sich vermutlich alle Fraktionen einig, dass 736 Bundestagsabgeordnete ein paar zu viel seien. Bei der Wahlrechtsreform hätten die CDU- und Linken-Fraktion am lautesten gegen ein aufgeblähtes Parlament Stimmung gemacht. Wenn der Bundestag beschließe, man gehe auf 700 Abgeordnete als Zwischenschritt und erst danach auf die eigentliche Zahl, hätte dies zu einer Empörungswelle geführt. Daher denke er, dass es immer schwierig sei, wenn Politiker mehr oder weniger über sich selbst entscheiden würden. Die Bewertung liege immer bei der vierten Gewalt, man habe Medien und die Bürger könnten bei der nächsten Wahl die Entscheidung bewerten. Die Zahl von 48 für fünf Jahre zu behalten und danach herunterzugehen, sei in Ordnung. Alles andere sei der Bürgerschaft nicht zu vermitteln. Es gebe keinen sachlichen Grund, warum man für eine solche Sache zehn Jahre brauche. Daher solle man dem Kompromiss folgen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass sich nach fast einem halben Jahrhundert die Zeiten geändert hätten und man von einer erfolgreichen Integration sprechen könne. Man habe so viele gemeinsame Ereignisse und Veranstaltungen auf den Weg gebracht. Das Wir-Gefühl sei gewachsen und das Konkurrenzdenken sei aus ihrer Sicht weitestgehend überwunden. Es gehe daher nur noch um die Festlegung der Größe des Gemeinderats. Der Gmünder Gemeinderat sei größer als das Landesparlament des Saarlandes. Man habe es nun in der Hand. Man solle es auch aus eigenem Antrieb in die Hand nehmen und in der kommenden Amtsperiode auf 48 gehen, aber nur für fünf Jahre für die Übergangsfrist. Eine Zäsur werde man immer haben, es werde immer schwierig sein. Es wäre besser, dann habe man einen längeren Vorlauf bei der Aufstellung von Kandidaten. 2034 müsse man sowieso auf 40 gehen. Bei den Ortschaftsräten müsse man über eine Stärkung nachdenken. Sie beantragt daher, für die Amtsperiode 2024 bis 2029 auf 48 Stadträte zu gehen, ab 2029 sollen es 40 Stadträte sein.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Bürger im Übergangszeitraum entgegen der bisherigen Kommunalwahlen 48 statt 40 Stimmen vergeben könnten, d.h. die Bürger könnten acht Stimmen mehr verteilen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass er seine Haushaltsrede aus dem Jahr 2016 herausgezogen habe. Damals habe man sich nachdrücklich für die Abschaffung der unechten Teilortswahl eingesetzt. Die damaligen Argumente seien die gleichen gewesen, die auch bei Herrn Bruggers Stellungnahme bezüglich der Vor-

und Nachteile zum Ausdruck gekommen seien. Es sei eine Verfälschung des Wählerwillens, ein komplizierter Wahlmodus etc. und widerspreche somit dem Demokratieprinzip. Der damalige Antrag auf Abschaffung sei gestoppt worden. In Tauberbischofsheim sei die Sache auf den Prüfstand gekommen. Der Verwaltungsgerichtshof habe letzten Endes gesagt, dass die Wahl unwirksam gewesen sei und Tauberbischofsheim neu wählen haben müsse. Man habe die gleiche Problemstruktur in den Stadtteilen. Wenn man davon ausgehe, dass es zur Abschaffung komme, dann stelle sich die Frage, in welchem Modus man weiter vorgehen wolle. Insbesondere der Punkt, dass man den Gemeinderat mit 48 Sitzen für die nächsten zehn Jahre aufrechterhalte wolle, sei eine erstaunliche Sache, da es nicht der Gesetzeslage entspreche. Bei der Gemeindegröße habe man normalerweise einen Gemeinderat mit 40 Mitgliedern. Es sei daher die Konsequenz, dass man auf 40 Mitglieder zurückgehe. Alles andere sei Besitzstandswahrung für Gemeinderatsmitglieder, die ansonsten unter den Tisch fallen würden. Dies könne kein Argument sein. Man halte es für höchstproblematisch. Nachdem am Anfang sich die Mehrheiten sehr unklar zeigten, sei man zunächst auf den Vorschlag der CDU-Fraktion eingegangen, andererseits solle man es für maximal fünf Jahre und nicht für zehn Jahre vorsehen. Daher folge man dem Antrag der Freien Wähler Frauen. Schwäbisch Gmünd sei nicht besser vertreten, wenn es 48 statt 40 Gemeinderäte seien, auch die Stadtteile wären nicht besser vertreten. Es sei eine Mär, die seit 1973 fortgeschrieben werde und die überholt sei.

Herr Ott antwortet, dass die Gemeindeordnung diese Übergangsregelung als Brücke ausdrücklich vorsehe und dies für maximal zwei Wahlperioden möglich sei. Rechtlich sei es daher möglich.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass allein die Bezeichnung „Brücke“ verräterisch sei. Es gebe zwei Alternativen und der Gemeinderat müsse nicht über die Brücke gehen. Er könne auch sagen, dass man 40 Mitglieder festlege.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass bereits alles gesagt sei. Die unechte Teilortswahl habe letztlich ihren Zweck erfüllt und Schwäbisch Gmünd sei zusammengewachsen, sie könne daher abgeschafft werden. Man könne der Zukunft optimistisch entgegenschauen und müsse sich nicht fürchten. Herr Brugger habe kein Beispiel nennen können, welche Gemeinde in Baden-Württemberg nach der Abschaffung wieder zurück zur unechten Teilortswahl wolle. Die Teilorte seien durch die Abschaffung gestärkt worden. Man schaffe die Möglichkeiten, indem man mehr Kompetenzen zuweise. Man solle mit Optimismus in die Zukunft gehen. Zur Brücke äußert er, dass man auch mit zwei Wahlperioden leben könne, wenn man es dadurch abschaffe. Man habe einen Antrag zur Schaffung eines Ortschaftsrates in der Kernstadt gestellt. Sofern die unechte Teilortswahl abgeschafft werde, sehe man keinen Bedarf mehr für die Innenstadt und würde von einer weiteren Verfolgung des Antrages absehen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass nach einem Sprichwort nichts mächtiger sei als eine Idee, deren Zeit gekommen sei. Sichtlich sei diese für Schwäbisch Gmünd gekommen.

Stadtrat Maihöfer/CDU äußert, dass der heutige Tag historisch in der Geschichte sei. Die Abschaffung sei schon lange ein Thema im Gemeinderat. Herr Brugger habe es neutral aufgearbeitet und sowohl positive als auch negative Aspekte genannt.

Dann sei es zum Urteil in Tauberbischofsheim gekommen, darauf sei ein Findungsprozess und Meinungswandlungsprozess der Stadtverwaltung gefolgt. Dann sei der Weg vorangeschritten worden. Es gebe mehrere Gründe, zum einen das Gerichtsthema, zum anderen die Kosten und das Wahlverfahren. Die Vorlage sei jedoch nur mit Argumenten für die Abschaffung gefüllt gewesen. Er bedankt sich, dass alle Ortschaftsräten angehört worden seien. Es sei in den Teilorten kontrovers diskutiert worden, es gebe einen wesentlichen Teil, der für den Erhalt wäre. Das Meinungsbild des Gemeinderats sehe jedoch anders aus. Manche würden auch Eigeninteressen verfolgen. Die CDU-Fraktion werde unterschiedlich abstimmen. Diverse Teilorte seien weiterhin für den Erhalt, um ein Sprachrohr zu garantieren. Wenn man keinen Vertreter mehr habe, werde es immer schwieriger, die Themen zu platzieren. Viele Themen seien auch nach 50 Jahren nicht umgesetzt worden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sehe er immer noch kritisch. Teilweise seien die Menschen gefrustet und es werde immer schwieriger, freiwillige Helfer zu finden. Er werde seinem Meinungsbild und der des Ortschaftsrates folgen und nicht für die Abschaffung stimmen. Er bedauere diese Entwicklung sehr und sehe die Gefahr, dass die Akzeptanz in den Teilorten immer weiter schwinden werde und sich damit die Bereitschaft für das ehrenamtliche Engagement reduziere. Es müsse eine Stärkung der Ortschaftsräte vorgenommen werden. Daher könne er nur dafür werben.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass es kein Unrecht sei, 48 Sitze zu beschließen. Er äußert, dass auch eine Regelung für die nächsten fünf Jahre eine Brücke sei, aber nur eine halbe und über halbe Brücken solle man nicht gehen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass Stadtrat Dr. Beck vorgeschlagen habe, dass der nächste Gemeinderat über die Sitzzahl entscheiden solle. Dies sei so einfach nicht möglich. Der aktuelle Gemeinderat könne jedoch darüber beschließen und man wünsche sich dann eine Wiedervorlage von der Verwaltungsseite in den ersten Jahren der nächsten Wahlperiode, sodass man nochmals darüber diskutiere. Er beantragt eine Sitzungspause zur Beratung. Man sei immer ein Gemeinderat, dies zeige man sowohl bei 40 als auch 48 Sitzen.

Stadtrat Geiger/CDU möchte zu bedenken geben, dass Schwäbisch Gmünd mit allen Stadtteilen zusammengewachsen sei. Dies sei auch ein Verdienst der Mitglieder der Stadtteile gewesen. In Zukunft würden kleinere Ortsteile herausfallen. Ein kleiner Ort könne beim Stimmenanteil nicht mithalten. Die Stärkung der Ortschaftsräte gehöre auch zum Beschlussantrag, nicht erst im Nachhinein. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der bürgerschaftlichen Mittel könne man nicht viel anfangen, die Zugeständnisse seien bisher sehr klein. Er wisse nicht, wo die Stärkung herkomme.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man bei den Maßnahmen für die Ortschaftsräte nochmals die Ortschaftsräte anhören müsse. Man solle jedoch auch beachten, dass die Ortschaftsräte die Aufgaben auch wahrnehmen müssen, wenn man Kompetenzen übertrage. Es müsse auch leistbar sein.

Stadtrat Bläse/CDU findet es bemerkenswert, dass hauptsächlich diejenigen sprechen würden, die aus der Innenstadt kommen würden und sagen, dass das Wir-Gefühl groß sei. Man sei zusammengewachsen, aber in den Ortsteilen sehe es anders aus. Lindach habe keine Angst oder fürchte sich. Es gehe stattdessen um Sicherheit, Anerkennung und Wertschätzung des Ortsteils. Er habe das Gefühl, dass es ein berech-

netes Verhalten der Teilnehmer sei. Bettringen rechne sich aus, dass man bei der nächsten Wahl mehr Sitze bekomme, kleinere Ortsteile würden sich ausrechnen, dass man weniger bekomme. Eine Wahl werde dann entschieden, nachdem ausgezählt sei. Vorher zu rechnen sei daher schwierig und bringe nichts. Brücken zu bilden sei in Ordnung. Er hänge nicht an der unechten Teilortswahl fest, werde aber aufgrund des Votums des Ortschaftsrates dagegen stimmen.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man in zwei Stufen abstimmen werde. Zunächst solle über den Antrag entschieden werden, die unechte Teilortswahl aufzuheben. Im zweiten Schritt solle über den weitestgehenden Vorschlag entschieden werden: 48 Sitze für zwei Wahlperioden, verbunden damit, dass die Verwaltung dem nächsten Gemeinderat eine Vorlage vorlege, um über die Reduzierung auf 40 Sitze zu entscheiden. Der dritte Antrag umfasse den Beschluss von 48 Sitze für die nächsten fünf Jahre, der darauffolgende solle auf 40 reduziert werden.

Stadtrat Kaiser/CDU beantragt eine namentliche Abstimmung.

Oberbürgermeister Arnold unterbricht die Sitzung für zehn Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung zieht Stadtrat Kaiser/CDU den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Mehrheitlich (39 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen) fassen die Mitglieder folgenden Beschluss:

Die unechte Teilortswahl wird zum Ende der aktuellen Amtszeit mit Wirkung für die nächste regelmäßige Wahl des Gemeinderats sowie der Ortschaftsräte aufgehoben.

Mehrheitlich (33 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder folgenden Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung in Anlage 2 wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat in der nächsten Amtsperiode eine Drucksache vorzulegen, mit der die Reduzierung auf 40 Sitze ab der übernächsten Amtsperiode beraten werden soll.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 4.1 Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024 - Ergebnis der Vorberatungen in den Ortschaftsräten
Vorlage: 031/2023/1

Protokoll:

Siehe TOP 4.

zu 5 Mozartschule In Schwäbisch Gmünd, Hussenhofen, Erweiterung und Generalsanierung
- Fortschreibung des Baubeschlusses
- Änderung des Ausführungsumfangs
- Erhöhung des Budgetrahmens
Vorlage: 101/2023

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich nach der Dämmung.

Herr Caesar antwortet, dass es ca. 10.000 Euro extra Kosten würde, Aufwand und Nutzen würden in keinem guten Verhältnis stehen.

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, getrennt abzustimmen. Zunächst die anderen Punkte und separat die Frage nach der Überdachung.

Stadträtin Heusel/SPD ist der Ansicht, dass man es auch zusammen abstimmen könne, da auch die Überdachung mit den Eltern abgestimmt sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man 300.000 Euro als Grenze vereinbart hatte. Daher wolle man die Überdachung separat beschließen.

Ortsvorsteher Heissenberger äußert, dass das Dach schon lange von den Eltern herangetragen werde. Man würde der Schule daher einen Gefallen tun, da man ansonsten keine Unterstellmöglichkeit habe.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es für die Überdachung keine Fördermöglichkeit gebe, für die Überdachung von Fahrradabstellplätzen hingegen schon.

Stadtrat Bläse/CDU signalisiert Zustimmung. Wenn man eine Sanierung durchführe, solle auch das Vordach angebracht werden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen sieht das Thema mit der Deckendämmung anders. Man habe die Sanierungen immer so durchgeführt, dass man Maßnahmen gemacht habe, die mit wenig Aufwand zu einem Optimum geführt hätten. Daher solle man sich grundsätzlich zusammensetzen und über solche Dinge diskutieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Fortschreibung des Baubeschlusses zur Erweiterung und Generalsanierung der Mozartschule in Schwäbisch Gmünd, Hussenhofen mit Gesamtbaukosten in Höhe von 9.236.000 € brutto (bisher 8.170.000 Euro, Erhöhung um 1.066.000 Euro auf 9.236.000 €/brutto) wird zugestimmt.
2. Der Reduzierung des Umfangs des Generalsanierungsanteils an der Mozartschule in Schwäbisch Gmünd Hussenhofen wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass die in der Vorlage 101/2023/1 aufgeführten Maßnahmen durchgeführt werden.
3. Der Mittelbedarf in Höhe von 1.066.000 € wird im nächsten Doppelhaushalt für das Jahr 2024 etatisiert. Die zusätzlichen Auszahlungen sind gedeckt durch überplanmäßige Einzahlungen aus dem Förderprogramm „Umsetzung des Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter“ (VwV Beschleunigungsprogramm Ganztage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 5.1 Mozartschule In Schwäbisch Gmünd, Hussenhofen, Erweiterung und Generalsanierung
- Ergebnis der Vorberatung
Vorlage: 101/2023/1**

Protokoll:

Siehe TOP 5.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

**zu 6 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle",
Gemarkung Großdeinbach
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 086/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 5 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle" werden entsprechend der Anlage 1 als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung mit Umweltbericht wird in der Fassung der Anlage 4 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 108/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8 **Bekanntgaben**

zu 8.1 **Hochwasser in Faenza**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass man der Partnerstadt Faenza Unterstützung durch Feuerwehrleute angeboten habe. Außerdem bedankt er sich, dass alle Mitglieder des Gemeinderats mit der Spende des Sitzungsgeldes vom 24.05.2023 an die Stadt Faenza einverstanden seien. Er weist außerdem auf das Benefizkonzert am 27.05.2023 hin.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt: 30, 41

zu 8.2 **Alois-Statue**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist auf die lange Tradition der Altersgenossenvereine hin. Es solle eine Statue entstehen.

Stadtrat Bucher/SPD erläutert in der Funktion als Vorsitzender des Dachverbands der Altersgenossenvereine die Pläne zur Umsetzung der Statue (siehe Anlage). Die Kosten würden sich auf 38.000 Euro belaufen und es würden aktuell noch 12.000 Euro an Spendengeldern fehlen. Eine Anfertigung dauere ca. vier bis fünf Monate, man gehe daher davon aus, dass man es dieses Jahr nicht mehr verwirklichen könne.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob es sich um einen Rohentwurf der Figur handle.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt dies.

zu 9 **Anfragen**

zu 9.1 **WOHA-Gebäude**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim WOHA-Gebäude und dem Zeitplan.

Herr Hackner antwortet, dass man im Zeitplan sei. Momentan laufe das Baugenehmigungsverfahren und man höre die Träger und Nachbarn an. Sobald dies abgeschlossen sei, gehe es weiter.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 9.2 **Schnapserlass**

Protokoll:

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass Heubach den Schnapserlass aufgehoben habe und erkundigt sich, ob sich in Schwäbisch Gmünd auch etwas verändere.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Fachleute davon abraten würden, man beabsichtige keine Änderung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 30

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: